

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)

vom 20. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juli 2023)

zum Thema:

Projekte, Aktionen etc. gegen Antisemitismus im Land Berlin und den Berliner Bezirken

und **Antwort** vom 09. August 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. August 2023)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16214

vom 20.07.2023

über Projekte, Aktionen etc. gegen Antisemitismus im Land Berlin und den Berliner Bezirken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Projekte, Aktionen etc. existieren im Land Berlin und in den Berliner Bezirken gegen Antisemitismus?
2. Mit welchen finanziellen, personellen, organisatorischen Mitteln unterstützt das Land Berlin diese Projekte, Aktionen etc. gegen Antisemitismus?
3. Welche staatlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Träger beteiligen sich noch an diesen Projekten, Aktionen etc. in welcher Form?
4. Wer sind die zivilgesellschaftlichen Träger dieser Projekte?
5. Welche Behörden sind an diesen Projekten, Aktionen etc. beteiligt und welche Behörden tragen die Federführung bei diesen Projekten?

Zu 1. bis 5.: Der Senat von Berlin unternimmt durch das Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention (Drs. 18/1754, 14.03.2019), das als bundesweit erstes, ressortübergreifendes Konzept auf den Säulen Prävention - Intervention - Repression fußt und auf allen Ebenen gegen Antisemitismus ansetzt, vielfältige Projekte und Aktionen gegen Antisemitismus im Land Berlin. Hierbei hat der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus die zentrale koordinierende Rolle inne, indem er den Austausch zwischen den Senatsverwaltungen, allen Bezirken, mit dem Bund (Gemeinsame Bund-Länder-

Kommission), dem Expert*innenkreis gegen Antisemitismus und der Berliner Zivilgesellschaft organisiert und koordiniert.

Der Ansprechpartner dokumentiert alle Maßnahmen des Senats und der Bezirke seit Beschluss des Landeskonzpts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention. Die Maßnahmen bis April 2022 sind dokumentiert im Umsetzungsbericht des Ansprechpartners „Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung – Bericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus“ (Drs. 19/0300, 11.04.2022). Der Umsetzungsbericht wird gemäß Landeskonzpt in einem dreijährigen Turnus erstellt.

Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch in der Steuerungs- und Abstimmungsrunde zur Landeskonzption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention der Senatsverwaltungen sowie in der Bezirksrunde zur Antisemitismusprävention statt.

Im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ werden aktuell 19 Projekte mit einem Volumen von 1.837.543 Euro (2023) durch das Land Berlin gefördert:

Projekte im Förderbereich Antisemitismusprävention 2023

	Träger	Projekt
1.	Amadeu Antonio Stiftung	Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus
2.	BildungsBausteine e. V.	Bewegte Vielfalt in Berlin - Projekttag und Fortbildungen zu Antisemitismus und Rassismus
3.	BildungsBausteine e. V.	Zusammen_denken, zusammen handeln – Spannungsfelder der antisemitismus- und rassismuskritischen Bildung konstruktiv bearbeiten
4.	Bildung in Widerspruch e.V.	Bildung in Widerspruch - Online gegen Antisemitismus
5.	Hashomer Hatzair Deutschland e. V.	Chazak Veematz – Stark und mutig gegen Antisemitismus und Rassismus
6.	Institut für Neue Soziale Plastik e.V.	Jüdischer Kulturklub Ostberlin
7.	Jehi `Or Jüdisches Bildungswerk für Demokratie - gegen Antisemitismus gUG	Solidarisch gegen Hass
8.	Jehi `Or Jüdisches Bildungswerk für Demokratie - gegen Antisemitismus gUG	Tikkun - Wertebildung und Kompetenzförderung: Für Menschenwürde und Demokratie
9.	Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Jüdisches Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum
10.	Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Dialog und Aufklärung - Antisemitismus 2.0
11.	OFEK e. V. Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung	OFEK Berlin

	Träger	Projekt
12.	Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS Berlin
13.	Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.	Regishut - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei
14.	Wertelinitiative - jüdisch-deutsche Positionen e.V.	Antisemitische und israelfeindliche Argumentationsmuster in der extremen Rechten
15.	Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R.	Meet a Jew
16.	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.	Fachsymposium Antisemitismus 023
17.	Anne Frank Zentrum e.V.	„Alles über Anne“ - Historisch-politische Bildung aus antisemitismuskritischer Perspektive
18.	KlgA e.V. - Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	Praxisstelle Bildung und Beratung
19.	Amadeu Antonio Stiftung	ju:an -Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit

Die SenASGIVA beschäftigt zwei Vollzeitäquivalente mit der Aufgabe der Antisemitismusprävention. In den Bezirken gibt es jeweils teilweise oder in Vollzeit mit dem Thema befasste Stellen, z. T. als bezirkliche Antisemitismusbeauftragte.

6. Welche Projekte, Aktionen etc. im Land Berlin gegen Antisemitismus sind in Planung?

7. Welche Projekte, Aktionen etc. im Land Berlin gegen Antisemitismus sind in Vorbereitung?

Zu 6. und 7.: Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt hat die Kampagne „Hinsehen-Erkennen-Handeln“ in den Bereichen „Antisemitismus“ und „Antimuslimischer Rassismus“ entwickelt, die 2022 startete. Die Kampagne zeigt verschiedene Szenen von Alltagsrassismen, damit diese besser erkannt werden. Berlinerinnen und Berliner sollen durch die Kampagne dafür sensibilisiert werden, auf Vorfälle zu achten, sie zu benennen, den Betroffenen beizustehen sowie Vorfälle zur Anzeige zu bringen oder den Berliner Melde- und Registerstellen mitzuteilen.

Die Polizei Berlin hat sich mit dem Projekt „Jüdisches Leben und Polizei – Vergangenheit trifft Gegenwart“ (JLUP) u. a. mit einer Wanderausstellung am Jubiläumsjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ beteiligt. Im Herbst 2023 plant die Polizei Berlin, einen „Runden Tisch Hasskriminalität“ durchzuführen, im Rahmen dessen das Thema Antisemitismus eine prägende Rolle einnehmen wird.

Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt: Beabsichtigt ist anhand eines wissenschaftliches Dossiers in Bezug auf den breitgefächerten Begriff der Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin eine Übersicht für die zurückliegenden fünf Jahre zu erstellen, in welchem Umfang antisemitische Tendenzen im Bereich Kunst und Kultur

zum Tragen kommen. Diese Bestandsaufnahme dient der Entwicklung fundierter weitergehender politischer Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus.

Im Geschäftsbereich der Generalstaatsanwaltschaft Berlin: Aktuell wird der Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin aktualisiert und zum Herbst 2023 fertiggestellt. Zudem wird das Fortbildungsangebot der Generalstaatsanwaltschaft Berlin zum Thema Antisemitismus ab November 2023 um Fortbildungen aus dem Landesprogramm für „Demokratie. Vielfalt. Respekt“ ergänzt.

Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Alle öffentlichen Berliner Grund- und weiterführenden Schulen können aus dem Programm „Politische Bildung an Berliner Schulen“ Angebote außerschulischer Bildungspartner, thematisch spezifische Workshops für Schülerinnen und Schüler oder spezielle Lehrkräftefortbildungen nutzen. Planungen erfolgen ausschließlich auf Schulebene.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie im September und Oktober 2023 erneut die „Standpunkte“-Reihe zu den Themen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus sowie Antisemitismus und Verschwörungserzählungen an. Die Workshop-Reihe soll Lehramtsanwärterinnen und -anwärter darin unterstützen, ihre konkrete Handlungssicherheit in der Auseinandersetzung mit diesen Themen zu erhöhen. Durchgeführt wird die Workshop-Reihe von Referentinnen und Referenten der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Die Fortbildung Berlin, die sich an das pädagogische Personal der öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Landes Berlin richtet, bietet Angebote zu folgenden Themenfeldern an: Prävention von und Umgang mit Antisemitismus in der Schule, Verständnis und Dialog bzw. Dialog der Weltreligionen im Rahmen der Demokratieerziehung, Umgang mit Vielfalt - Antisemitismus als Teilthema, Classroom-Management für interkulturelle Klassen, Prävention religiös motivierter menschenrechtsfeindlicher Einstellungen.

2023 haben bereits zehn Veranstaltungen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung stattgefunden, vier weitere sind geplant. Die Berliner Landeszentrale stellt den Berlinerinnen und Berlinern mehrere Fachpublikationen zur Verfügung, unter anderem zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus, zu verschiedenen Aspekten des Holocausts und zum jüdischen Leben in Berlin. Broschüren zum Thema Antisemitismus werden auch in Gruppen- / Klassensätzen an Interessierte abgegeben. Außerdem führt die Berliner Landeszentrale für politische Bildung 2023 in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz zum vierten Mal eine 10-tägige Fortbildungsreise zur Vermittlung der Geschichte des Holocausts nach Yad Vashem und anderen Lernorten für 18 schulische und außerschulische Pädagog*innen in Israel durch.

Die Schriftliche Anfrage betrifft darüber hinaus Sachverhalte, die der Senat nicht oder nur teilweise in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann und verweist auf die umfangreichen Angebote der bezirklichen Volkshochschulen zur Auseinandersetzung mit den Themen Antisemitismus und Zeitgeschichte.

Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung: Für 2024 ist die Förderung des Projekts „Zwischen Solidarität und Gewalt – digitale politische Bildung zu israelbezogenem Antisemitismus“ sowie die Förderung eines Projekts zum Thema „Antisemitismus und Verschwörungsmythen“ geplant. Darüber hinaus die Stärkung der Projekte Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin sowie Regishut - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei. Es obliegt es dem Haushaltsgesetzgeber im Rahmen der anstehenden Beratungen zum Haushalt 2024/2025 über bestehende und geplante Maßnahmen zu entscheiden.

Berlin, den 9. August 2023

In Vertretung

Micha Klapp

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung